



Norbert Lammert (Hg.)

Handbuch zur Geschichte der CDU

Grundlagen, Entwicklungen, Positionen

2. überarbeitete und erweiterte Ausgabe

Norbert Lammert (Hg.)
Handbuch zur Geschichte der CDU

Norbert Lammert (Hg.)

Handbuch zur Geschichte der CDU

Grundlagen, Entwicklungen, Positionen

Redaktionsschluss: 31. Oktober 2022

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliographische
Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar

wbg Academic ist ein Imprint der wbg
© 2023 by wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt
2. überarbeitete und erweiterte Ausgabe
Satz: schreiberVIS, Seeheim
Umschlaggestaltung: Harald Braun
Gedruckt auf säurefreiem und
alterungsbeständigem Papier
Printed in the EU

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-wissenverbindet.de

ISBN 978-3-534-45046-6

Elektronisch ist folgende Ausgabe erhältlich:
eBook (PDF): 978-3-534-45047-3

Inhaltsverzeichnis

Grußwort	
<i>Friedrich Merz</i>	11
Zur Einführung: Grundlagen, Entwicklungen, Positionen	
<i>Norbert Lammert</i>	15
I. Grundlagen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands	
Christlich inspirierte Sammlungsbewegung – Die politischen Ursprünge und geistigen Grundlagen der CDU	
<i>Matthias Oppermann</i>	23
Das Erbe von Zentrum und Widerstand	
<i>Wolfgang Tischner</i>	39
Parteigründung in Ost und West	
<i>Christopher Beckmann</i>	59
Stationen der programmatischen Entwicklung der CDU	
<i>Michael Borchard</i>	79
„...nicht der verlängerte Arm der Kirche“ – Zum Verhältnis der CDU zu Kirchen und Religionsgemeinschaften	
<i>Karlies Abmeier</i>	109
II. Entwicklungsphasen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands	
Die Regierungspartei der Bundesrepublik Deutschland unter den Vorsitzenden Konrad Adenauer und Ludwig Erhard	
<i>Hanns Jürgen Küsters</i>	125
Die CDU in der (ersten) Großen Koalition und Opposition: Reformerische Aufbrüche unter Kiesinger und Barzel	
<i>Philipp Gassert</i>	147
Die CDU in der Ära Kohl	
<i>Günter Buchstab</i>	165

Inhaltsverzeichnis

Opposition und Regierungsverantwortung unter Schäuble und Merkel <i>Andreas Rödder</i>	197
Die CDU der SBZ/DDR <i>Oliver Salten</i>	211
Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands <i>Theresia Bauer</i>	223

III. Entwicklung der Parteistrukturen

Landesverband Baden-Württemberg <i>Peter Crämer</i>	231
Landesverband Berlin <i>Stefan Marx</i>	239
Landesverband Brandenburg <i>Stefan Marx</i>	247
Landesverband Bremen <i>Thilo E. Pries</i>	255
Landesverband Hamburg <i>Thilo E. Pries</i>	265
Landesverband Hessen <i>Peter Crämer</i>	275
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern <i>Stefan Marx</i>	281
CDU in Niedersachsen <i>Andreas Grau</i>	289
Landesverband Nordrhein-Westfalen <i>Yvonne Ziwitza</i>	297
Landesverband Rheinland-Pfalz <i>Frank Hammes</i>	307
Landesverband Saar <i>Frank Hammes</i>	313
Landesverband Sachsen <i>Oliver Salten</i>	319
Landesverband Sachsen-Anhalt <i>Andreas Grau</i>	327

Inhaltsverzeichnis

Landesverband Schleswig-Holstein <i>Andreas Grau</i>	333
Landesverband Thüringen <i>Oliver Salten</i>	341
Die Exil-CDU <i>Oliver Salten</i>	349
Die Kreisverbände <i>Oliver Salten</i>	353
Die Vereinigungen und Sonderorganisationen <i>Horst Granderath/Carsten Pickert/Daniel Westermann</i>	359
CDA – Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft	361
EAK – Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU	365
FU – Frauen Union	369
JU – Junge Union Deutschlands und Schüler Union	373
KPV – Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands	387
LSU – Lesben und Schwule in der Union	393
MIT – Mittelstands- und Wirtschaftsunion	397
OMV – Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge der CDU/CSU	401
RCDS – Ring Christlich-Demokratischer Studenten	405
SU – Senioren-Union	409
Organisatorische Veränderungen in der Bundespartei <i>Stefan Marx</i>	413
Wähler und Mitglieder der CDU <i>Viola Neu</i>	421

IV. Innenpolitische Positionen und Weichenstellungen

Soziale Marktwirtschaft <i>David Gregosz/Martin Schebesta</i>	447
Bildungspolitik <i>Markus Lingen</i>	457
Kulturpolitik und Medien <i>Martin Falbisoner</i>	469

Inhaltsverzeichnis

Die Sozialpolitik der CDU <i>Kathrin Zehender</i>	477
Familien- und Generationenpolitik <i>Jan Philipp Wölbern</i>	495
Frauenpolitik <i>Ina vom Hofe</i>	501
Energie- und Umweltpolitik <i>Wolfgang Tischner</i>	507
Für Recht und Ordnung – Eine programmatische Betrachtung der Politik zur Inneren Sicherheit <i>David Maaß</i>	525
Vertriebene, Flüchtlinge, Migrant*innen, Asylpolitik <i>Andreas Grau</i>	539
Wissenschaft, Forschung, Technologie <i>Christine Bach</i>	551
Bioethische Positionen in christlich-demokratischer Programmatik und Rechtspolitik <i>Rita Anna Tüpper</i>	559
 V. Außen-, deutschland- und europapolitische Positionen und Weichenstellungen	
Die Partei der Westbindung <i>Philip Rosin</i>	589
Deutschlandpolitik und deutsche Einheit <i>Judith Michel</i>	607
Europapolitik <i>Olaf Wientzek</i>	625
Sicherheits- und Verteidigungspolitik <i>Michael Hansmann</i>	633
 Anhang	
Abbildungen	657
Bildquellen	677
Abkürzungsverzeichnis	678

Inhaltsverzeichnis

Auswahlbibliographie	
<i>Julia Gusefeld</i>	682
Autorinnen und Autoren	725
Personenregister	731

Grußwort

„Mögest Du in interessanten Zeiten leben“, so lautet eine chinesische Verwünschung. Wir neigen heute angesichts der gewaltigen nationalen und internationalen Umbrüche gelegentlich – und nicht erst seit der Corona-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine – zum Pessimismus. Natürlich wäre es sträflich, die Herausforderungen, vor denen wir stehen, kleinzureden, aber es wäre ebenso sträflich, nicht die Chancen zu sehen, die sich daraus ergeben. Als mutige Frauen und Männer – viele von ihnen hatten zuvor im Widerstand gegen die Diktatur gekämpft – sich 1945 in Köln und in Berlin und an verschiedenen Orten in ganz Deutschland zusammenfanden, um die Christlich Demokratische Union zu gründen, konnten sie sich Verzagtheit und die Furcht vor „interessanten Zeiten“ kaum leisten. Das Land lag in Trümmern. Nach dem Scheitern der Weimarer Republik, nach der nationalsozialistischen Barbarei, inmitten von Hunger und Not überwandnen sie konfessionelle Unterschiede und gesellschaftliche Gräben und begaben sich auf einen gemeinsamen politischen Weg, um die Zukunft zu gestalten und Verantwortung für den Neuanfang zu übernehmen.

Aus diesem Aufbruch entstand etwas, das es in der deutschen Politik zuvor noch nie gegeben hatte: Eine Volkspartei, getragen von der Idee, für alle Menschen in der Mitte der Gesellschaft offenzustehen und eine Union zwischen Stadt und Land, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen katholischen und evangelischen Christen zu bilden, die ihren Kompass nach dem christlichen Menschenbild ausrichtet. Eine Volkspartei, die auf diesem Weg die christlich-sozialen, die liberalen und die wertkonservativen Traditionen ohne Rückgriff auf ein Vorbild in der bisherigen Parteienlandschaft zu einer neuen politischen Kraft zusammenführt.

Aus diesem mutigen Schritt sind zwei Erfolgsgeschichten geworden, die auf das engste miteinander verwoben sind: Die Geschichte der Christlichen Demokratie in Deutschland und die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz, der Wiederaufbau nach dem Krieg, die Rückkehr in die Wertegemeinschaft der westlichen Völker, die Soziale Marktwirtschaft und das sogenannte Wirtschaftswunder, die Aussöhnung mit Israel, die enge Freundschaft mit Frankreich und die transatlantische Partnerschaft, die deutsche Einheit und die europäische Integration sind auch Werke christlich-demokratischer Überzeugungen und Schaffenskraft.

Konrad Adenauer, der großen Anteil an dieser Erfolgsgeschichte hat, hat 1958 gesagt: „Eine gewisse Kenntnis der Geschichte ist ja doch die Grundlage jedes politischen Denkens.“ Und diese Kenntnis lehrt uns, dass Vergangenheit zwar verpflichtet, es aber in der Geschichte keine Stammpfätze gibt. Nicht in der Vergangenheit zu leben, aber aus der Vergangenheit und auf der Grundlage unserer Werte die Zukunft zu gestalten – das war immer unser Anspruch, und das muss heute erst recht unser Anspruch sein.

Wir werden auch in Zukunft die gestaltende Kraft in Deutschland sein, wenn wir nach Rückschlägen immer wieder Vertrauen in uns selbst und in unsere Stärken gewinnen. Zu diesen Stärken gehört es seit der Gründung unserer Partei, gegensätzliche Positionen miteinander zu versöhnen, uns niemals nur an einer Zielgruppe zu orientieren,

sondern den Menschen in den Mittelpunkt unseres Handelns zu stellen. Ebenso bleibt es wichtig, dass wir auf die wesentlichen Fragen unserer Zeit – den Klimawandel, den digitalen und technologischen, den demografischen und gesellschaftlichen Wandel – Antworten geben, die unsere historischen Erfahrungen und unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität mit der Fähigkeit verbinden, Veränderungen zu erkennen und uns auf die neuen Herausforderungen, die vor uns liegen, einzustellen. Und schließlich haben die Männer und Frauen, die den Berliner Gründungsaufwurf unterzeichnet haben, an eine ganz wichtige Stärke unserer politischen Überzeugung appelliert: „Wir rufen Euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen.“ In den kommenden Jahren wird es erneut ganz entscheidend auf den inneren Zusammenhalt unserer Partei ankommen. Wo andere spalten, müssen wir zusammenhalten und zusammenführen.

Das alles ist die Voraussetzung dafür, dass wir an eine besondere Stärke unserer Partei anknüpfen: an die Stärke, programmatisch auf der Höhe der Zeit zu sein und zugleich an unseren Grundüberzeugungen und an unseren Grundwerten festzuhalten. Ich bin daher dankbar, dass dieses Handbuch besonders viel Augenmerk auf die programmatische Entwicklung legt. So, wie es der CDU mit ihrem ersten Grundsatzprogramm 1978 gelungen ist, in der Zeit der ersten Opposition wieder Anschluss zu finden an das, was die Menschen bewegt, so müssen wir auch jetzt wieder zum Seismographen der Gesellschaft werden. Wo andere auf Gebote und Verbote setzen, setzen wir auf die Kraft der Eigenverantwortung und der Solidarität in der Gesellschaft. Die Soziale Marktwirtschaft, die den Schwachen hilft, wieder stark zu werden, und die den Starken ermöglicht, stark zu bleiben, garantiert wie keine andere Gesellschaftsordnung Wohlstand und Sicherheit. Die Soziale Marktwirtschaft kann auch die richtigen Antworten geben in der Transformation hin zur Klimaneutralität. Und nur ein starker Staat, der die innere und äußere Sicherheit gewährleistet, schafft die notwendigen Voraussetzungen für ein Leben der Menschen in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wer sich auf den Weg macht, tut gut daran, gelegentlich auch in den Rückspiegel zu schauen. Damit wir gerade in „interessanten“ Zeiten Verantwortung übernehmen können, ist der Rückblick, den dieses Handbuch bietet, überaus wertvoll. Und deshalb bin ich der Konrad-Adenauer-Stiftung und ihrem Vorsitzenden Professor Dr. Norbert Lamert als Herausgeber und den Autorinnen und Autoren der einzelnen Beiträge sehr dankbar für diesen lesenswerten Band. Dem Handbuch wünsche ich, was es verdient: viele Leserinnen und Leser – in der CDU und weit darüber hinaus!

Februar 2022
Friedrich Merz

Schneller als erwartet ist eine Neuauflage des „Handbuchs zur Geschichte der CDU“ nötig geworden. Dazu beigetragen hat das Interesse an dem Band auf dem Parteitag der CDU im September 2022 in Hannover, dessen Beschlüsse in der jetzt vorliegenden zweiten Auflage Berücksichtigung gefunden haben. Ich freue mich über das Interesse an der Geschichte der Christlichen Demokratie und wünsche diesem Band eine so gute Aufnahme wie der ersten Auflage.

Januar 2023
Friedrich Merz

Einführung

Zur Einführung: Grundlagen, Entwicklungen, Positionen

Norbert Lammert

„Sie sind die Bollwerke der deutschen Demokratie.“¹ So schlicht und deutlich beschreibt der US-amerikanische Politikwissenschaftler Daniel Ziblatt den Stellenwert der Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und sieht darin ausdrücklich ein Unterscheidungsmerkmal zu anderen demokratischen Systemen. Tatsächlich lässt sich die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik nicht ohne ihre demokratischen Parteien schreiben. Und auch die Zukunft unserer Demokratie ist ohne den gestaltenden Beitrag der politischen Parteien weder wirklich vorstellbar noch ernsthaft wünschbar, wie ein Blick auf ihre Stellung im Grundgesetz und in der Verfassungswirklichkeit deutlich macht.

Dies gilt nicht nur, aber vor allem für die Volksparteien und ganz besonders für die Christlich Demokratische Union Deutschlands. Die CDU hat nicht nur die politische Entwicklung unseres Landes maßgeblich geprägt – vom Grundgesetz über die Westbindung und die Soziale Marktwirtschaft bis zur Deutschen Einheit als Teil und Ergebnis der europäischen Integration –, sondern sie hat auch maßgeblich zur politischen Stabilität in Deutschland beigetragen. Und wenn in einer parlamentarischen Demokratie Regierungsjahre die Währung sind, in der sich der Erfolg einer Partei messen lässt, dann kommt man nicht umhin, der CDU zumindest einen weit überdurchschnittlichen Anteil zu bescheinigen.

Ein Grund zur Selbstzufriedenheit ist das jedoch keineswegs, wie nicht erst die für die Union verloren gegangene Bundestagswahl 2021 gezeigt hat. Die Union hat seit der Bundestagswahl 2013 rund 17 Prozentpunkte verloren. Im Vergleich zu 2017 verlor die CDU bei den Wahlen 2021 87 Direktmandate; in fünf Bundesländern konnte sie keinen einzigen Wahlkreis gewinnen; in Ostdeutschland kam sie nur noch auf 17,1 Prozent. Auch die vermeintlich letzte Volkspartei gerät im gegenwärtigen gesellschaftlichen Klima unübersehbar in Turbulenzen. Erstmals seit 1949 haben die beiden größten Parteien bei einer Bundestagswahl zusammen weniger als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten. Dabei handelt es sich um eine beinahe paradoxe Situation: Im Jahr 2019 feierte die Bundesrepublik „70 Jahre Grundgesetz“; erfreulicherweise ist die Reputation unserer Verfassung unangefochten. Laut einer Umfrage bewerten fast 90 Prozent der Befragten das Grundgesetz als „eher gut“ oder „sehr gut“. Andererseits war die Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen, den maßgeblichen Institutionen wie den handelnden Personen wohl selten so groß wie in den letzten Jahren. Der gleichen Studie ist nämlich zu entnehmen, dass mehr als ein Drittel mit der erlebten Demokratie in Deutschland unzufrieden ist, und 50 Prozent der Befragten trauen den etablierten Parteien nicht zu, die

1 „Wir leben in einer neuen Ära.“ Der US-Politikwissenschaftler Daniel Ziblatt über Bedrohungen für die deutsche Demokratie, soziale Medien und die Zukunft der SPD, in: Der Tagesspiegel, 8.12. 2019.

Herausforderungen der Zukunft lösen zu können.² Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, wonach das Vertrauen in die politische Stabilität im Vergleich zu vor fünf Jahren von 81 Prozent auf 57 Prozent abgerutscht ist. „Zwei Drittel der Bevölkerung sind über die Entwicklung von Politik und Parteien besorgt. Sie haben den Eindruck von Führungslosigkeit und Planlosigkeit. [...] Allmählich unterminiert die Unzufriedenheit mit der Regierung auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt“, diagnostizierte Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach.³ Diese Entwicklung hatte sich im Kontext der Corona-Pandemie kurzzeitig verändert, als die Umfragewerte für die Volksparteien – insbesondere für die CDU – und auch das Vertrauen in die Parteien im Allgemeinen wieder stiegen; doch diese krisenbedingten Reaktionen in der Anfangsphase der Pandemie, von denen in erster Linie die Exekutive zeitweilig profitierte, haben sich längst wieder relativiert.⁴ Umfragen von Ende 2021 und Anfang 2022 zeigten, dass das Vertrauen der Bürger in Parteien im weiteren Verlauf der Pandemie signifikant gesunken ist. Im Dezember 2021 konnten 62 Prozent der Befragten keine Partei nennen, der sie zutrauten, die Probleme im Land zu lösen; die Regierungsparteien kamen zusammen nur auf 25 Prozent, die Union gerade einmal auf neun Prozent.⁵ Im Sommer 2022 gaben 65 Prozent der Befragten an, dass sie den politischen Parteien eher nicht vertrauen.⁶ Mittlerweile färbt diese Stimmung auch auf die Einstellung gegenüber der Demokratie insgesamt ab: Nach einer Umfrage vom Februar 2022 waren nur noch 42 Prozent der Befragten zufrieden mit der Demokratie in Deutschland (im Sommer 2020 waren es noch 61 Prozent gewesen).⁷ Weitere Studien vom Sommer 2022 zeigten, dass 45 Prozent der Deutschen dem Bundestag „eher nicht vertrauen“; bei Parteien waren es sogar 65 Prozent.⁸ Die alarmierend niedrige Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2022 von gerade einmal noch 55 Prozent der Wahlberechtigten ist ebenfalls ein deutliches Warnsignal.

Der Befund lautet daher nach wie vor: Wir haben es mit einem massiven Vertrauensverlust zu tun, der im Übrigen nicht exklusiv die demokratischen Parteien betrifft, sondern sich auch gegenüber Medien, Gewerkschaften bis hin zu den Kirchen beobachten lässt und im Kontext der Corona-Pandemie vermehrt auch die Wissenschaft betrifft. Die Hintergründe dieser Entwicklung sind vielfältig, aber es gibt sicherlich einen Zusammenhang mit der Erfahrung, dass unsere Welt komplexer geworden ist: Die Globalisierung, die Digitalisierung, der Klimawandel, die Bewältigung einer Pandemie sowie der

2 Das Grundgesetz: Ein Jubilar mit Bestnoten. Studie: 70 Jahre – die Bundesrepublik und ihr Grundgesetz, infratest dimap, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/grundgesetzstudie/> (Abruf: 25.11.2019).

3 „Deutsche Fragen – deutsche Antworten – Erosion des Vertrauens“, in: FAZ, 20.11.2019.

4 Siehe hierzu „Wie sehr vertrauen Sie den politischen Parteien?“, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153820/umfrage/allgemeines-vertrauen-in-die-parteien/> (Abruf: 26.11.2019).

5 „Vertrauen in politische Kompetenz der Ampel-Parteien sinkt schon wieder“, in: Die Welt, 1.12.2021, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article235389114/Forsa-Umfrage-Vertrauen-in-politische-Kompetenz-der-Ampel-Parteien-sinkt-schon-wieder.html> (Abruf: 12.1.2022).

6 Siehe hierzu „Wie sehr vertrauen Sie den politischen Parteien?“, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153820/umfrage/allgemeines-vertrauen-in-die-parteien/> (Abruf: 9.11.2022).

7 Felix Huesmann: Vertrauen in die Demokratie sinkt, in: Frankfurter Rundschau, 21.3.2022, <https://www.fr.de/politik/vertrauen-in-demokratie-sinkt-91426178.html> (Abruf: 1.12.2022).

8 „Wie sehr vertrauen Sie den politischen Parteien?“, Umfrage von Kantar, Juni/Juli 2022, abrufbar unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153820/umfrage/allgemeines-vertrauen-in-die-parteien/> (Abruf: 1.12.2022).

zunehmend ernste Systemkonflikt mit aggressiven Autokratien wie Russland und den damit verbundenen wirtschaftlichen wie politischen Folgen – um nur die auffälligsten Beispiele zu nennen – sorgen dafür, dass die Aufgaben, die die Politik regeln muss, immer komplizierter werden. Einfache Antworten auf komplizierte Fragen sind besonders populär, aber selten richtig. Das müssen nicht nur, aber insbesondere die Parteien den Menschen erklären; je komplizierter die Zusammenhänge werden, desto geduldiger und verständlicher müssen sie erläutert werden. Dies ist vielleicht eine der wichtigsten Qualifikationen, die in der Welt von heute demokratische Parteien und ihre Repräsentanten aufbringen müssen.

Die großen Krisenerfahrungen der letzten Jahre – kollabierende Finanzmärkte, zunehmende Migrationen, eine Pandemie, der russische Angriff auf die Ukraine und die vielschichtigen Auswirkungen von der Energie- bis zur Verteidigungspolitik – haben nicht nur den Handlungsdruck auf die Politik erhöht, sondern auch den Rechtfertigungsbedarf für tatsächlich und vermeintlich übersehene Risikoindizien. Mit Blick auf die Außen- und Sicherheitspolitik führen das der russische Angriff auf die Ukraine und die daraus resultierenden direkten und indirekten Folgen für Deutschland eindrücklich vor Augen. Zu viele Verantwortliche in Politik und Medien, Wirtschaft und Gesellschaft haben zu lange die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit autoritären Systemen verdrängt und die Realitäten durch Wunschdenken ersetzt. Die von der Bundesregierung unter Kanzler Scholz erklärte „Zeitenwende“ mit bemerkenswerten Maßnahmen zur Steigerung der deutschen Verteidigungsfähigkeit, die Anfang des Jahres 2022 noch kaum vorstellbar gewesen wären, zeigt, wie schnell und deutlich sich Verhaltensmuster und Orientierungen verändern, sobald ein nicht erwartetes Ereignis tatsächlich eingetreten ist, während der wiederholte Hinweis auf mögliche, absehbare Risiken in der Regel eher folgenlos bleibt.

Für alle Parteien ist es unabdingbar, die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen zu begleiten und damit Schritt zu halten. Ohne Verankerung in der Bevölkerung kann schon gar eine Volkspartei dabei nicht bestehen. Deswegen muss sie immer wieder den veränderten Organisations- und Kommunikationsbedürfnissen Rechnung tragen. Dass die CDU das kann, das hat sie mindestens zweimal eindrucksvoll bewiesen: zuerst bei ihrer Gründung vor über 75 Jahren, als sie als Partei der Mitte konfessions- und schichtenübergreifend ein bis dahin völlig neues Politikangebot gemacht und erfolgreich etabliert hat. Das zweite Mal, als sie nach 20 Jahren erstmals in der Regierungsverantwortung abgelöst wurde und in den 1970er Jahren in der Opposition eine gründliche personelle, programmatische und organisatorische Erneuerung ermöglicht hat. Diese Erfahrung und Befähigung muss die Union reaktivieren. Erste Schritte in diese Richtung erfolgten bereits auf dem Parteitag in Hannover im September 2022, auf dem die CDU eine Grundwertecharta verabschiedet hat, die als Leitlinie für das in Arbeit befindliche Grundsatzprogramm dienen soll. Die verabschiedete befristete Einführung einer Frauenquote bei der Vergabe von Parteiämtern zeigt, dass die Partei gesellschaftliche Veränderungen und Erwartungen aufgreift. Dies gilt auch für die Forderung nach einem verpflichtenden Gesellschaftsjahr, das es „allen jungen Menschen ermöglicht, sich zeitweilig und konkret für unser Land und für unsere Gesellschaft zu engagieren“.

Ganz in diesem Sinne legt die Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem vorliegenden Werk eine umfassende Darstellung der CDU in historisch-thematischer Perspektive vor. Damit will die Adenauer-Stiftung dazu beitragen, eine Lücke in der Forschungsliteratur zu schließen; seit über 30 Jahren ist keine umfassende Geschichte der CDU mehr er-

schienen. Als klassisches Handbuch bietet der Band in übersichtlichen Beiträgen den Leserinnen und Lesern einen ersten Zugang zur historischen und programmatischen Entwicklung der CDU, ergänzt durch strukturell angelegte Kapitel zu einzelnen Politikfeldern und Parteigliederungen.

Das vorliegende Handbuch ist nicht ausschließlich, aber in erster Linie das Ergebnis der fachspezifischen Expertise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, ergänzt durch Beiträge von namhaften Historikern. Nicht zuletzt handelt es sich dabei auch um Erkenntnisse, die auf der langjährigen Erforschung der Christdemokratie durch die Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik (WD/ACDP) der Adenauer-Stiftung beruhen.

Die Entstehung des Archivs geht zurück auf den ersten Regierungswechsel mit einer sozialliberalen Koalition und die Neuorientierung der CDU in der Opposition unter dem Bundesvorsitzenden Helmut Kohl. Im Kontext dieser Entwicklungen widmete sich die Konrad-Adenauer-Stiftung ab Mitte der 1970er Jahren intensiv der Dokumentierung und historischen Erforschung der CDU. Kohl, selbst Historiker, wusste, dass es der programmatischen Profilschärfe förderlich ist, sich mit der eigenen Geschichte und den Erfolgen und Misserfolgen im Wettbewerb der Parteien auseinanderzusetzen. „Politik ohne Geschichte ist wurzel- und ziellos, ohne Grund und ohne Perspektive“, lautete eine seiner Maximen. Und sein Biograph Hans-Peter Schwarz hat ergänzend angemerkt: „[...] erfahrungsgemäß bedarf es wissenschaftlicher Vordenker, die den politischen Häuptlingen zeigen, wie das konkret umgesetzt werden könnte.“⁹ So konnte das Archiv für Christlich-Demokratische Politik 1976 – in dem Jahr, in dem Adenauer 100 Jahre alt geworden wäre – gegründet werden. Schnell avancierte das Institut zum zentralen Archiv der Christdemokratie in Deutschland; es sammelt das Schriftgut der führenden Repräsentanten der CDU, ihrer Gremien und Organisationen sowie die Bestände der Vorläuferparteien (u. a. der Zentrumsparterie). Mittlerweile umfasst es mehr als 17 Regalkilometer an Akten, hunderte Nachlässe prominenter Bundes- und Landespolitiker, über 300.000 Fotos, 22.000 Plakate, Filme, Tonträger.

Es war aber nicht nur als Dokumentationsstelle konzipiert, sondern stets auch als wissenschaftliche Einrichtung, die mit eigenen Publikationen die Geschichte der Christdemokratie erforscht. 1982 wurde mit den „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“¹⁰ eine wissenschaftliche Reihe mit Studien zur christlichen Demokratie, Darstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik sowie Biographien wichtiger Repräsentanten etabliert; 1994 folgte mit der Zeitschrift „Historisch-Politische Mitteilungen“¹¹ ein Forum für kürzere Beiträge. Die Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/ACDP fungiert als Verbindungsglied zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Geschichts- wie Politikwissenschaft. So konnte die Stiftung in den letzten gut vier Jahrzehnten mit Monographien und Editionen wesentlich zur Erforschung der deutschen Geschichte beitragen.

Diese langjährige, historische Expertise fließt maßgeblich in das vorliegende Handbuch ein. Dessen Aufbau gliedert sich in fünf thematische Einheiten. Ein erster Teil widmet sich den geistigen Grundlagen, den historischen Anfängen und der programmatischen

9 Hans-Peter Schwarz: 40 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Die Rolle von Parteistiftungen für die deutsche und europäische Zeitgeschichtsforschung, in: HPM 23 (2016), S. 1–15, hier 7.

10 Siehe online unter www.kas.de/de/forschungen-und-quellen-zur-zeitgeschichte (Abruf: 26.11.2019).

11 Siehe online unter www.kas.de/de/historisch-politische-mitteilungen (Abruf: 26.11.2019).

Entwicklung der CDU. Die Gründung der Union und der ihr zugrundeliegende programmatische Neuanfang war eine der Voraussetzungen für die Neugründung von Staat und Gesellschaft in Deutschland nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes und des Zweiten Weltkrieges. Die Männer und Frauen, die die Union gründeten, wollten die christlich-sozialen, die liberalen und die wertkonservativen Traditionen der Vorgängerparteien in einer Partei zusammenführen – basierend auf den gemeinsamen programmatischen Zielen: in Frieden und Freiheit zu leben, einen stabilen demokratischen Rechtsstaat zu etablieren, den Wiederaufbau und die Rückkehr Deutschlands in die Wertegemeinschaft der westlichen Völker sowie die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Mit der CDU entstand aber vor allem eine neue, interkonfessionelle Partei, die aufbauend auf dem katholischen Milieu und evangelischen Christen einem breiten Spektrum an politischen Strömungen aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus ein politisches Zuhause gab. Es handelte sich um eine Parteigründung von unten – getragen von der Idee, für alle in der Mitte der Gesellschaft offen zu sein, eben eine Union zu bilden zwischen Stadt und Land, zwischen sozialen Schichten, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen katholischen und evangelischen Christen. Dabei gingen nachhaltige Impulse und Weichenstellungen aus dem Kreis der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus hervor.

Im zweiten Teil zeichnen die Beiträge die weitere geschichtliche Entwicklung der CDU nach – beginnend mit dem ersten Bundeskanzler, Konrad Adenauer, der als Präsident des Parlamentarischen Rates selbst maßgeblichen Anteil an der Erarbeitung des Grundgesetzes hatte, das die zweite deutsche Demokratie nun seit über 70 Jahren prägt. Mit ihm ist die Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland untrennbar verbunden, denn er nahm maßgebliche Weichenstellungen in der politischen Orientierung vor: die Westbindung und die europäische Einigung. Die Soziale Marktwirtschaft und das deutsche Wirtschaftswunder verbinden sich vor allem mit dem Wirtschaftsminister und späteren Kanzler Ludwig Erhard. In seine Kanzlerschaft fällt auch die Aufnahme offizieller Beziehungen zum Staat Israel. Der Erfolg und gesellschaftliche Rückhalt dieser Persönlichkeiten und ihrer Politik sicherten der CDU bis Ende der 1960er Jahre solide Mehrheiten bei den Bundestagswahlen – bis zur Bildung der ersten Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger. Die Zeit in der Opposition in den 1970er Jahren stieß dann einen umfassenden Modernisierungsprozess in der Partei an, vorangetrieben insbesondere vom damaligen rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Helmut Kohl, der die Honoratiorenpartei als Bundesvorsitzender zielstrebig zur Mitgliederpartei umbaute. Als er 1982 Bundeskanzler einer christlich-liberalen Koalition wurde, hätte kaum jemand für möglich gehalten, dass Kohl 16 Jahre lang die Geschicke der Bundesrepublik bestimmen und dabei im Rahmen der europäischen Integration mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands Weltgeschichte schreiben würde. Nach dem ersten durch das Wahlergebnis herbeigeführten Regierungswechsel und einer siebenjährigen rot-grünen Regierung begann mit Angela Merkel eine neue Epoche der CDU-Parteigeschichte, die bis in die Gegenwart führt. Nach zwei Legislaturperioden in der Opposition übernahm die Union 2005 wieder die Regierungsverantwortung, Angela Merkel wurde zur ersten Bundeskanzlerin Deutschlands mit einer wiederum 16-jährigen Amtszeit. Parallel zur Geschichte der CDU in der Bundesrepublik widmet sich ein Beitrag zudem der Ost-CDU in der DDR bis zum Vereinigungsparteitag in Hamburg 1990.

Im dritten Teil des Handbuchs steht die Entwicklung der Organisationsstruktur der CDU im Zentrum. Ihr Charakter als Volkspartei bildet sich auch in ihrer organi-

satorischen Struktur ab: Die Partei kennzeichnet ein föderaler Aufbau, ein deutlich geschrumpfter, aber immer noch beachtlicher Mitgliederbestand mit einer Bandbreite von Vereinigungen und Sonderorganisationen sowie ein effektiver Parteiapparat. Auch die Mitglieder- und Wählerentwicklung wird in den Blick genommen und nachgezeichnet, wie sich diese im Laufe der Jahrzehnte verändert hat.

Im vierten und fünften Teil werden schließlich die Positionen und politischen Weichenstellungen der CDU in zentralen Politikfeldern und Fragen der deutschen Innen- und Außenpolitik behandelt, von der Wirtschafts- und Sozialpolitik über die Bildungspolitik bis hin zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Der Aktualität solcher Publikationen sind naturgemäß Grenzen gesetzt. Während die Arbeit an der ersten Auflage dieses Handbuchs Anfang 2022 beendet wurde, berücksichtigt die nun bereits vorliegende zweite Auflage die Entwicklungen bis zum Herbst 2022. Dies bezieht sich neben dem Krieg in der Ukraine und den damit verbundenen Folgen in erster Linie auf die Beschlüsse, die auf dem 35. Parteitag der CDU in Hannover im September 2022 getroffen wurden.

Damit deckt das vorliegende Handbuch ein breites Spektrum möglicher Fragestellungen an die Geschichte, Organisationsstruktur und Politik der CDU ab. Zur weiterführenden Lektüre sei den Leserinnen und Lesern der im CDU-Jubiläumjahr 2020 von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebene Debattenband ans Herz gelegt, in dem sich namhafte Autorinnen und Autoren aus der Rechts-, Geschichts- und Sozialwissenschaft sowie aus der Politik kritisch mit unterschiedlichen Aspekten der Geschichte der CDU auseinandersetzen und den Stellenwert sowie die Zukunft der Partei in Deutschland in den Blick nehmen.¹² „Eine gewisse Kenntnis der Geschichte ist ja doch die Grundlage jedes politischen Denkens.“¹³ Mit dieser zeitlosen Erkenntnis von Konrad Adenauer wünsche ich den Nutzerinnen und Nutzern dieses Handbuchs eine bereichernde Lektüre.

12 Norbert Lammert (Hg.): Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU. München 2020.

13 Konrad Adenauer im Informationsgespräch mit Herbert Altschull (Associated Press) am 14.5.1958, stenographische Notizen, S. 14, BPA-Pressearchiv F 30.

I. Grundlagen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Christlich inspirierte Sammlungsbewegung – Die politischen Ursprünge und geistigen Grundlagen der CDU

Matthias Oppermann

Christentum und liberale Demokratie: Das „C“ in der Politik

„Die liberalen Demokratien verkörpern keine ‚christliche Zivilisation‘. Sie haben sich in Gesellschaften entwickelt, deren Religion christlich war, sie sind in gewissem Maße davon inspiriert worden, dass jeder Seele ein unbeschränkter Wert zukommt.“¹ Mit diesen Worten hat der französische Soziologe und Philosoph Raymond Aron 1955 in seinem Buch *L'Opium des intellectuels* den Zusammenhang zwischen Christentum und liberaler Demokratie zusammengefasst. Die liberalen Demokratien sind nicht genuin christlich, aber ohne den christlichen Rahmen hätte sich diese Herrschaftsform nicht entwickeln können. Sie sind, wie Aron schon 1951 in seinem Buch *Les Guerres en chaîne* feststellte, „vom Christentum inspiriert“.²

Dieses wechselseitige, Nähe und Distanz verbindende Verhältnis von Christentum und liberaler Demokratie prägt auch den Charakter der CDU seit ihrer Gründung im Jahr 1945. Sie ist – um es gleich vorwegzunehmen – keine „christliche Partei“ im engeren oder gar wörtlichen Sinne, sondern eine vom „christlichen Menschenbild“ inspirierte Sammlungsbewegung.³ „Aus christlichem Glauben“, so heißt es in der Präambel des Ludwigshafener Programms von 1978, „läßt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit dem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.“⁴ Die katholischen und protestantischen Parteien der Niederlande, aus denen 1980 das Christen Democratisch Appèl entstand, die katholischen Parteien Flanderns und Walloniens, die italienische Democrazia Cristiana oder die schweizerische Christlichdemokratische Volkspartei, die 1912 als Schweizerische Konservative Volkspartei gegründet worden war, verstanden sich als genuin christliche Parteien und schöpften aus einer einzigen, bis ins 19. Jahrhundert zurückreichenden christlich-

1 Raymond Aron: *L'Opium des intellectuels*. Introduction de Nicolas TB-Ausg. Paris 2002 (erstmal 1955), S. 330. (Übersetzung des Verfassers.)

2 Ders.: *Les Guerres en chaîne*. Paris 1951, S. 169. (Übersetzung des Verfassers.)

3 Zum „christlichen Menschenbild“ vgl. Volker Ladenthin: Inhalt und Bedeutung des christlichen Menschenbilds, in: Jörg-Dieter Gauger/Hanns Jürgen Küsters/Rudolf Uertz (Hg.): *Das christliche Menschenbild. Zur Geschichte, Theorie und Programmatik der CDU*. Freiburg i. Br. 2013, S. 120–148.

4 Freiheit–Solidarität–Gerechtigkeit. Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Verabschiedet auf dem 26. Bundesparteitag, Ludwigshafen, 23.–25. Oktober 1978, in: *Geschichte der CDU*, https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=6ab8ab48-871d-52a2-a603-989c928e127f&groupId=252038 (Abruf: 25.1.2021), S. 1 f.

demokratischen Tradition.⁵ Zwar gab es diese Tradition auch in Deutschland.⁶ Mit der deutschen Zentrumspartei ist 1870 sogar eine wirkmächtige, wenn auch rein katholische Partei auf dieser Grundlage entstanden. Die CDU aber konnte sich ebenso wie die bayerische CSU stets auf mehrere geistig-politische Ursprünge berufen, in denen die christliche Inspiration auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maße vorhanden war. Wenn man die Partei in ihrer Gesamtheit und nicht einzelne Strömungen, Flügel oder Gruppen betrachtet, ist das „C“ deshalb nicht als Bekenntnis zu einer den Zehn Geboten verpflichteten Politik zu verstehen. Von Anfang an war es vielmehr eine Klammer, die die verschiedenen Strömungen zusammenhielt und somit die Union von Katholiken und Protestanten, von Bürgertum und Arbeiterschaft ermöglichte.

Der große Vorteil der CDU lag dabei in der interpretatorischen Offenheit des Buchstaben „C“. Das hat Konrad Adenauer ein ums andere Mal deutlich gemacht, besonders plastisch am 10. Mai 1962, als der Bundesvorstand der CDU über Rainer Barzels Denkschrift *Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU* diskutierte. Bundeskanzler Adenauer hatte Barzel, der seit 1961 dem Bundesvorstand angehörte, selbst damit beauftragt, die Studie zu verfassen. Nachdem die Union in der Bundestagswahl 1961 die absolute Mehrheit verloren hatte, sahen viele CDU-Politiker ihre Partei in der Krise, und Barzels Studie sollte Aufschluss darüber geben, wie man sie überwinden könne. Barzel sah das Mittel dazu in der Schärfung des christlichen Profils. Eine christliche Partei, so kann man in seiner nie gedruckten Studie lesen, sei eine Vereinigung „von Menschen, die auch ihr politisches Handeln unter Gottes Wort und Gebot stellen“.⁷ Schon 1958 hatte Barzel geschrieben, die CDU habe die Aufgabe, eine „Politik der Zehn Gebote“ zu betreiben, das heißt „den Willen Gottes zu tun und dafür zu streiten, dass die gottgewollte Ordnung Wirklichkeit wird“.⁸

Davon hielt Adenauer jedoch gar nichts, wie er Barzel sagte: „Mir ist diese Arbeit zu kirchlich. [...] Da nun einmal das kirchliche Denken in unserem Volke rapide zurückgeht und wir infolgedessen darauf angewiesen sind und damit rechnen müssen, daß wir die sogenannten Liberalen auch zu uns bekommen, müssen wir uns hüten, etwas zu tun, was die Liberalen beider Konfessionen abhalten könnte, für uns zu stimmen. Ohne die liberalen Stimmen können wir keine Mehrheit in Deutschland bekommen. [...] Ich denke immer, wenn ich einen solchen Satz lese, an einen Durchschnittskatholiken oder an einen protestantischen Liberalen, wenn der nun liest: Wir stellen unsere Politik unter Gottes Gebot! – Ich muß Ihnen ehrlich sagen, das ist mir etwas peinlich. Und ich wiederhole: Wir tun's ja doch nicht! Meine Herren! Lassen wir uns doch nichts weismachen hier! Wir handeln nicht gegen Gottes Gebot, aber wir stellen auch nicht unsere Politik

5 Vgl. Stathis N. Kalyvas: *The Rise of Christian Democracy in Europe*. Ithaca u. a. 1996, S. 167–221. Zur schweizerischen CVP vgl. Urs Altermatt: *Das historische Dilemma der CVP. Zwischen katholischem Milieu und bürgerlicher Mittepartei*. Baden 2012.

6 Vgl. Frank-Lothar Kroll: *Christliche Demokratie – vom Glaubensbekenntnis zum politischen Programm?*, in: Norbert Lammert (Hg.): *Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU*. München 2020, S. 361–394, hier 365–367.

7 Rainer Barzel: *Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU*. Vorgelegt aufgrund eines Beschlusses des Bundesvorstands der CDU vom 11.12.1961, o. O. 1962, § 121. Zu Barzel vgl. allgemein Kai Wambach: *Rainer Barzel. Eine Biographie*. Paderborn 2019.

8 Rainer Barzel: *Koalitionspolitik*, in: Gustav Eduard Kafka (Hg.): *Die Katholiken vor der Politik*. Freiburg i. Br. 1958, S. 119–131, hier 126.

unter Gottes Gebot.“⁹ Für Adenauer reichte es aus, wenn die CDU alle Menschen vereinigte, die „dem Geiste nach Christen sind“.¹⁰ Das war eine Formel, die so offen und weitgehend war, dass sie auch diejenigen einschloss, die nur noch auf dem Papier einer der beiden Kirchen angehörten.

Das soll freilich nicht heißen, dass der christliche Impuls bei der Gründung der CDU und in ihrer gesamten Geschichte nicht ernst genommen worden wäre. Doch verstanden die verschiedenen Gruppierungen, die sich 1945 gründeten und aus denen die CDU hervorging, durchaus darunter nicht immer dasselbe, wenn sie vom christlichen Charakter der neuen Partei sprachen.

Heterogene Gründungsimpulse

Auf der einen Seite war die Gründung einer Partei, die sich auf die Werte des Christentums berief nach der Katastrophe der nationalsozialistischen Tyrannei und angesichts der Schuld, die die Deutschen auf sich geladen hatten, durchaus folgerichtig.¹¹ Vor dem Hintergrund der Verbrechen des „Dritten Reichs“, vor allem des Völkermords an den europäischen Juden, und in den Trümmern des untergegangenen Reichs bot das Christentum eine moralische Orientierung, die auch in der Politik unverzichtbar war. Auf der anderen Seite wirkten sich regionale Besonderheiten und politische Traditionen auf die lokalen Gründungen aus.¹² So enthielten die von ehemaligen Zentrumspolitikern und christlichen Gewerkschaftern aufgestellten Kölner Leitsätze vom 1. Juli 1945 die Forderung nach einem „wahren christlichen Sozialismus“ und hoben die Bedeutung des göttlichen Gebots und eines thomistisch geprägten Naturrechts als Grundlage der politisch-gesellschaftlichen Ordnung hervor.¹³ Der Berliner Gründerkreis war in der Frage des „christlichen Sozialismus“ gespalten: Der Protestant Otto Heinrich von der Gablentz, der dem Kreisauer Kreis angehört hatte, und der aus dem Zentrum und den christlichen Gewerkschaften stammende Katholik Jakob Kaiser sprachen sich für umfassende Sozialisierungen aus. Andreas Hermes hingegen, der in der Weimarer Republik ebenfalls Mitglied des Zentrums gewesen war, und die früheren Mitglieder der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) traten für eine freie Wirtschaft ein.¹⁴

9 Protokoll vom 10. Mai 1962, in: Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Bd. 32). Düsseldorf 1998, S. 220–270, hier 250.

10 Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hg.): 11. Bundesparteitag der CDU, Dortmund, 2.6.–5.6.1962. Hamburg 1962, S. 205.

11 Vgl. Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU 1945–1982. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993, S. 15.

12 Vgl. ebd., S. 23.

13 Kölner Leitsätze. Vorläufiger Entwurf zu einem Programm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Vorgelegt von den Christlichen Demokraten Kölns im Juni 1945. Ein Ruf zur Sammlung des deutschen Volkes, in: Geschichte der CDU, http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1945_Koelner-Leitsaetze.pdf (Abruf: 18.9.2020), S. 2.

14 Vgl. Ralf Thomas Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945–1948. Gründung – Programm – Politik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Bd. 36). Düsseldorf 2001, S. 83.

Im protestantischen Norddeutschland wiederum lehnten die lokalen Parteigründer, die durchweg bürgerlich oder bäuerlich waren, die Idee eines „christlichen Sozialismus“ ebenfalls ab.¹⁵ Die kleineren Parteigründungen, aus denen die CDU in Norddeutschland hervorging, konnten auf die Reste von liberalen und konservativen Parteistrukturen zurückgreifen.¹⁶ Diese Gründungen knüpften bewusst an die bürgerlich-protestantischen Parteien der Weimarer Republik an: an die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) oder die DDP. Die liberalen und konservativen Kleinparteien, die nach 1945 in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Hamburg gegründet wurden, vermieden in der Regel den Bezug auf das Christliche, da vor allem die liberalen, aber auch manche konservativen Protestanten der Inanspruchnahme des Christentums durch eine Partei skeptisch gegenüberstanden.¹⁷ So entstand etwa in Schleswig-Holstein aus verschiedenen Gruppierungen zunächst eine Demokratische Union (DU), die nennenswerte Verluste zu verzeichnen hatte, als sie ihrem Namen das „C“ hinzufügte.¹⁸

Gleichwohl setzte sich der Name Christlich Demokratische Union Deutschlands durch, weil das nicht weiter definierte „C“ im Namen, der Bezug auf die christliche Tradition oder das „christliche Menschenbild“, in einer Gesellschaft, in der so gut wie alle Christen waren, den gemeinsamen Nenner für verschiedene Politikansätze darstellen konnte. Die CDU begann somit als eine „Sammlungsbewegung der politischen Mitte“¹⁹, deren Fundament zwar das katholische Milieu war und lange blieb, deren baldige Stärke und Mehrheitsfähigkeit jedoch auf der Heterogenität ihrer politischen Ursprünge und geistigen Grundlagen beruhte.

Von den „drei Wurzeln“ – dem Konservatismus, dem Liberalismus und dem Christlich-Sozialen –, die heute immer wieder als Grundlage der Union genannt werden, war in der Gründungszeit freilich nicht die Rede.²⁰ Erstmals nimmt das Ludwigshafener Programm von 1978 darauf Bezug – allerdings ohne den Begriff Wurzeln zu verwenden. Die CDU, so heißt es in der Präambel, stehe dafür, dass sich „Freiheit und Menschlichkeit“ nicht wieder, wie in der Weimarer Republik, „in verhängnisvoller Gegnerschaft zwischen sozialen, liberalen und konservativen politischen Strömungen“ verlören.²¹ Von diesen drei Strömungen lässt sich in der Anfangszeit – etwa in den Kölner Leitsätzen oder im Berliner Gründungsaufruf vom 26. Juni 1945 – nur die soziale als politische Referenz finden, und zwar stets im Zusammenhang mit dem Christlichen.²²

Diese Tatsache darf uns jedoch nicht zu der Annahme verleiten, Liberalismus und Konservatismus hätten bei der Gründung der CDU keine Rolle gespielt und gehörten folglich auch nicht zu ihren geistigen Grundlagen. Auch wenn sie selten explizit erwähnt

15 Vgl. Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart 2002, S. 14.

16 Vgl. ders.: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart u. a. 2001, S. 35 f.

17 Vgl. ebd., S. 38.

18 Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 35.

19 Ebd., S. 15.

20 Wann und wo das erste Mal die Formulierung von den „drei Wurzeln“ gebraucht wurde, lässt sich nicht ohne weiteres feststellen.

21 Freiheit – Solidarität – Gerechtigkeit. Grundsatzprogramm, S. 1.

22 Siehe Kölner Leitsätze, passim; Berliner Gründungsaufruf, in: Geschichte der CDU, http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1945_Gruendungsaufruf-Berlin.pdf (Abruf: 18.9.2020), S. 1.

wurden, waren sie von Anfang an vorhanden. Die ehemaligen Mitglieder der DVP, DDP, DNVP oder einiger protestantisch-konservativer Kleinparteien der Weimarer Republik, die die CDU mitbegründeten oder bald nach der Gründung zu ihr stießen, haben ihre früheren Überzeugungen nicht abgelegt, als sie sich an dem neuen Projekt beteiligten. Männer wie Hans Schlange-Schöningen und Robert Lehr brachten das protestantisch-konservative Erbe in die CDU ein, Carl Schröter bei der Gründung der DU in Schleswig-Holstein das nationalliberale und Ferdinand Friedensburg, Ernst Lemmer sowie Walther Schreiber bei der Berliner Gründung das linksliberale.²³ Mit der Entstehung der CDU begann ein Aushandlungsprozess der Strömungen, der nie zum Abschluss gekommen ist, ja in dessen Beständigkeit gerade das Geheimnis des Erfolgs der CDU liegt.

Liberal und doch sozial: Die Soziale Marktwirtschaft

Richtig ist jedoch, dass bis zur ersten Bundestagswahl im Jahr 1949 die christlich-soziale Rhetorik dominierte, die sich auch an den Wahlplakaten ablesen lässt. So plakatierte die CDU zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom April 1947 den Slogan „Auch in der Politik gelten die Zehn Gebote“.²⁴ Auch einige CDU-Plakate zur ersten Bundestagswahl von 1949 appellierten an die christlichen Überzeugungen der Wähler. Andere Themen drängten nun aber das christliche Motiv an den Rand, das ohnehin eher abstrakt und in kultureller Perspektive angesprochen wurde. Dem Plädoyer, ein „christliches Deutschland“ zu erhalten, standen nun praktische Probleme wie die Integration der Heimatvertriebenen oder – und das in besonderem Maße – der Appell an die materiellen Bedürfnisse der Wähler im Vordergrund.²⁵ Unter dem geistigen Einfluss Ludwig Erhards und dem politischen Willen Konrad Adenauers schlug die CDU einen anderen Kurs ein als etwa der sozial- und wirtschaftspolitisch deutlich links der Mitte stehende Mouvement républicain populaire (MRP) in Frankreich.²⁶

Dabei war das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft durchaus umstritten. Als Erhard es am 25. Februar 1949 im Ausschuss der CDU der britischen Zone vorstellte, erklärte Johannes Albers, ein Mitbegründer der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), das „Prinzip einer liberalen Wirtschaft“ dürfe nicht an die Stelle des sozialistisch geprägten Ahlener Programms von 1947 treten.²⁷ Doch auch Erhard selbst

23 Vgl. zu den genannten Personen Günther J. Trittel: Hans Schlange-Schöningen. Ein vergessener Politiker der „Ersten Stunde“, in: VfZ 35 (1987), S. 25–63; Brigitte Kaff: Robert Lehr, in: Günter Buchstab/Klaus Gotto (Hg.): Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentation. 2. Aufl. München 1990, S. 191–206; Reinhard Frommelt: Ferdinand Friedensburg und Ernst Lemmer, ebd., S. 208–220; Jörg-Dieter Gauger: Carl Schröter (1887–1952), in: Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann (Hg.): In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49. Freiburg i. Br./Basel/Wien 2008, S. 321–329; Felix Escher: „Schreiber, Walther“, in: Neue Deutsche Biographie 23 (2007), S. 533.

24 „Auch in der Politik gelten die Zehn Gebote.“ CDU-Plakat zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen von 1947, in: ACDP 10-009:3.

25 Siehe zum Beispiel „Vertriebene! Eure Not ist unsere Sorge.“ CDU-Plakat zur Bundestagswahl 1949, in: ACDP 10-001:16; „Das brachte Dir unsere Wirtschafts-Politik.“ CDU-Plakat zur Bundestagswahl 1949, in: ACDP 10-001:5. Das Zitat findet sich in: „Das konnte christlicher Geist gestalten. Wir wollen ein christliches Deutschland erhalten.“ CDU-Plakat zur Bundestagswahl 1949, in: ACDP 10-001:8.

26 Zum MRP vgl. Gilles Richard: Histoire des droites en France de 1814 à nos jours. Paris 2017, S. 270–276.
27 „25. Februar 1949: Sitzung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone in Königswinter“, in:

wollte, wie er Albers wissen ließ, keinesfalls als „Liberaler“ gelten.²⁸ Damit meinte Erhard freilich nur den sogenannten Manchester-Liberalismus, der in der CDU allgemein auf Ablehnung stieß. Der Unterschied lag im Detail. Die Christlich-Sozialen setzten den Liberalismus mit dem Manchestertum gleich und wollten die Union auf einen Mittelweg zwischen ihm und dem Marxismus verpflichten.²⁹ Erhard hingegen strebte eine Erneuerung des Liberalismus in der Form des Ordoliberalismus an. Nicht die Freie Demokratische Partei (FDP) als selbsterklärte Nachfolgerin des parteipolitischen Liberalismus der Weimarer Republik nahm den in der Nachkriegszeit virulenten neoliberalen Impuls auf, sondern die CDU.³⁰ Erhard formte ihn zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das er gegen den Laissez-faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts setzte und zum Markenzeichen der CDU machte.³¹

Der diesem Konzept zugrunde liegende Neoliberalismus war etwas völlig anderes als der Marktradikalismus, der heute fälschlicherweise mit diesem Begriff beschrieben wird. Der Neoliberalismus ging auf die Krise zurück, die den Liberalismus in den 1930er Jahren erschüttert hatte. Beim sogenannten Walter-Lippmann-Kolloquium diskutierten 1938 Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen über die Frage nach der Überlebensfähigkeit des Liberalismus in einem „Zeitalter der Tyrannen“. ³² Ökonomen wie Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow – beide Teilnehmer des Kolloquiums –, aber auch Franz Böhm und Walter Eucken glaubten, dass der Liberalismus sich ändern müsse. Sollte er überleben, dann musste der Markt sozial eingrahmt werden.³³

Ausgehend von diesen Überlegungen entstand der Neoliberalismus oder, im Falle Böhms und Euckens, Ordoliberalismus, den Alfred Müller-Armack zur Grundlage des später von Erhard propagierten Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft machte. Alle drei – der Neoliberalismus, der Ordoliberalismus und das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft – verbanden eine moralisch-religiöse Dimension mit dem Glauben an die Notwendigkeit eines Ordnungsrahmens. Eine bessere wirtschaftspolitische Grundlage hätte eine christlich-demokratische Sammlungsbewegung wie die Union, die aus verschiedenen Strömungen ein Ganzes machte, kaum finden können. Die Soziale Marktwirtschaft war nichts weniger als ein historischer Ausgleich zwischen zwei der drei Strömungen, von

Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft (Rhöndorfer Ausgabe). Bearb. von Holger Löttel. Paderborn u. a. 2019, S. 148–188, hier 178.

28 Siehe ebd., S. 186.

29 Vgl. Maria D. Mitchell: *The Origins of Christian Democracy. Politics and Confession in Modern Germany*. Ann Arbor 2010, S. 90–92; Martina Steber: *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980* (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London. Bd. 78). Berlin/Boston 2017, S. 173–178.

30 Vgl. Dieter Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland*. Frankfurt a. M. 1988, S. 292; außerdem ausführlich Bernhard Löffler: *Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis*. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard. Wiesbaden 2002.

31 Vgl. Patricia Commun: *Erhards Bekehrung zum Ordoliberalismus. Die grundlegende Bedeutung des wirtschaftspolitischen Diskurses in Umbruchszeiten* (Freiburger Papiere zur Ordnungsökonomik 04/4). Freiburg i. Br. 2004.

32 Vgl. Philip Plickert: *Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zur Entwicklung und Ausstrahlung der „Mont Pèlerin Society“*. Stuttgart 2008, S. 93–102; Jurgen Reinhoudt/Serge Audier: *The Walter Lippmann Colloquium. The Birth of Neo-Liberalism*. Cham 2018. Zu dem Zitat siehe Élie Halévy: *L'Ère des tyrannies. Études sur le socialisme et la guerre*. Préface de Célestin Bouglé. Postface de Raymond Aron. Paris 1990 (erstmalig 1938).

33 Vgl. Plickert: *Wandlungen*, S. 75 f.

denen später im Ludwigshafener Programm die Rede sein sollte: zwischen der liberalen und der sozialen.³⁴

Dieser Kompromiss reichte, wie gesagt, bis in die Zwischenkriegszeit, im Grunde sogar bis ins Kaiserreich zurück. Es wird oft gesagt, die Nationalliberale Partei habe sich in den 1880er Jahren nach rechts gewandt, sich den Konservativen angenähert und sich den Linksliberalen entfremdet. Das ist durchaus zutreffend, aber nur die halbe Wahrheit. Oder anders gesagt: ein Rechts-Links-Schema lässt sich in diesem Fall nur bedingt anwenden, weil sich der verfassungs- und gesellschaftspolitische Reformwille der Linksliberalen mit einer tiefsitzenden, manchesterlichen Furcht vor jeder Art von Sozialpolitik verband. Die Nationalliberalen wandten sich dagegen unter Johannes Miquel einer aktiven Sozialpolitik zu und sorgten etwa dafür, dass die Bismarckschen Sozialversicherungsgesetze die Arbeiter nicht zu Mündern des Staates machten, sondern zu Versicherten, die gemeinsam mit den Unternehmern für den Notfall vorzusorgen hatten.³⁵ Der Staat sollte den Rahmen setzen, in dem Arbeiter und Arbeitgeber gemeinsam für die Finanzierung der Versicherungen sorgen mussten. Dafür stand besonders Miquel.

Die Nähe des späteren Ordoliberalismus zu diesem sozial engagierten Nationalliberalismus Miquelscher Prägung ist nicht zu übersehen. Gemeinsam hatten beide Varianten des Liberalismus vor allem die Überzeugung, dass der Staat im Wirtschaftsleben eine wichtige ordnende Rolle zu spielen hatte.³⁶ Röpke stellte in diesem Sinne schon 1923 fest: „So muß der Liberalismus in jedem Augenblick bestrebt sein, dem Staate zu geben, was des Staates ist. Wer sollte denn sonst heute noch Hüter des von allen Seiten unterhöhlten Staatsgedankens sein, wenn nicht – so absurd es klingt – der Liberale? Wer außer ihm soll ihn verfechten gegen die monopolistische Großwirtschaft, den organisierten Grundbesitz und die straff zusammengeschlossene Arbeiterschaft?“³⁷ Diese inhaltliche Nähe zum Nationalliberalismus zeigte sich in Röpkes Fall auch daran, dass er zwischen 1923 und 1929 seine ganze Hoffnung in Gustav Stresemann und den gemäßigten Flügel der DVP setzte.³⁸ Ähnliches lässt sich über Eucken sagen, und Franz Böhm, der von 1953 bis 1965 für die CDU im Bundestag saß, war von 1924 bis 1925 sogar Mitglied der DVP.³⁹ Nur Rüstow fand in der Weimarer Republik nach sozialistischen Anfängen seine politische Heimat im linksliberalen Lager. Auch aus diesem Umfeld, nämlich aus der DDP beziehungsweise, nach 1930, der Deutschen Staatspartei, stießen nach 1945 bedeutende Politiker zur CDU und brachten ihre politische Tradition in die gänzlich neue Partei ein,

34 Vgl. Langewiesche, *Liberalismus*, S. 293.

35 Vgl. dazu und zum Folgenden ebd., S. 198f.; Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866–1918*. Bd. 2: *Machtstaat vor Demokratie*. München 1993, S. 330.

36 Vgl. Ralf Ptak: *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*. Wiesbaden 2004, S. 16, der allerdings über das Ziel hinausschießt, wenn er von einer „autoritäre[n] Substanz des National- und des Ordoliberalismus“ spricht.

37 Wilhelm Röpke: *Wirtschaftlicher Liberalismus und Staatsgedanke (1923)*, in: Ders.: *Gegen die Brandung. Zeugnisse eines Gelehrtenlebens unserer Zeit*. Hg. von Albert Hunold. Erlenbach-Zürich 1959, S. 42–46, hier 46.

38 Vgl. Hans Jörg Hennecke: *Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung*. Stuttgart 2005, S. 44, 88.

39 Vgl. Moritz Peter Haarmann: *Wirtschaft – Macht – Bürgerbewusstsein. Walter Euckens Beitrag zur sozioökonomischen Bildung*. Wiesbaden 2015, S. 212; Uwe Dathe: *Walter Euckens Weg zum Liberalismus (1918–1934)*, in: *Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 60, S. 53–86, hier 68f.; Niels Hansen: *Franz Böhm mit Ricarda Huch. Zwei wahre Patrioten (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Bd. 57)*. Düsseldorf 2009, S. 36; David Jungbluth, *Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftsverfassungsrechts. Von Weimar bis zum Investitionshilfeturteil*. Wiesbaden 2018, S. 132.